

Vorjahr. Die Geldmenge M2 erhöhte sich in 2001 nach Angaben der chinesischen Zentralbank um 14,4% auf 15,8 Billionen Yuan. (FAZ, 16.1.02)

#### EINKOMMENSENTWICKLUNG:

Das durchschnittliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der Städter stieg im letzten Jahr real um 8,2% und damit um 1,8% schneller als 2000. Die Pro-Kopf-Einkommen der Bauern nahmen um real 4% zu, 1,9% mehr als 2000. (XNA, 31.12.01)

#### AUSSENWIRTSCHAFT:

Aufgrund der oben erwähnten Einbrüche in den wichtigsten Exportmärkten konnten die Ausfuhren um lediglich rd. 5% gesteigert werden; im Jahr 2000 hatte das Exportwachstum noch bei 27,8% gelegen. Im Zeitraum Januar bis November konnte ein Handelsvolumen von insgesamt 462,8 Mrd. US\$ realisiert werden, dies waren 7,4% mehr als in der Vorjahresperiode. Während die Exporte in diesem Zeitraum um 6,3% (241,6 Mrd. US\$) zunahmen, erhöhten sich die Importe um 8,6% (221,2 Mrd. US\$). (XNA, 30. und 31.12.01)

Die Devisenreserven stiegen bis Ende Oktober d.J. auf 203 Mrd. US\$; im Jahr 2000 hatten die Reserven bei 165,6 Mrd. US\$ gelegen. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen belief sich bis Ende November auf 41,9 Mrd. US\$, eine Zunahme um 15,6%. (XNA, 4.1.02) -schü-

ar 1999 hatte sich das Hongkonger Gericht für großzügigere Aufenthaltsrechte entschieden. Im Juni 1999 hatte jedoch der Nationale Volkskongress in Beijing beschlossen, dass Kinder, die geboren wurden, bevor ihre Eltern ein Aufenthaltsrecht in Hongkong besaßen, nicht dort bleiben dürften (vgl. C.a., 2001/7, Ü 30).

Sowohl die chinesische als auch die Hongkonger Regierung haben großes Interesse daran, den Zustrom von VR-Bürgern zu begrenzen, wobei unter anderem die Ankunft schwangerer Frauen in Hongkong sowie die Adoption VR-chinesischer Kinder durch Hongkonger Eltern als Problem gesehen wurden. Hierbei war der chinesischen Regierung die Kontrolle der Zuwanderung wichtiger als die Wahrung der (Schein-)Unabhängigkeit Hongkonger Gerichte. Ende 2001 hatte die Hongkonger Regierung außerdem angekündigt, Kindern ohne Aufenthaltsgenehmigung den Schulbesuch zu verweigern. Dies führte im Dezember zu heftigen Protesten (vgl. C.a., 2001/12, Ü 33).

Für viele der betroffenen Familien bedeutet das Urteil, dass die Kinder allein in die Volksrepublik zurückkehren müssen, wenn die Eltern in Hongkong bleiben wollen. Die Regierungen hoffen, dass das neue Urteil abschreckende Wirkung haben wird. Es ist davon auszugehen, dass die meisten eingewanderten Hongkonger ebenfalls eine Begrenzung der Einwanderung begrüßen. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen protestierten jedoch gegen das Gerichtsurteil.

Regierungschef Tung Chee-hwa teilte mit, dass die Betroffenen bis Ende März Hongkong verlassen müssen. (ASWJ, 11.1.02; NZZ, 11.1.02; *Straits Times*, 11.1.02) -tk-

300.000 erhöht haben. Die Erhebung war von April bis Juni 2001 durchgeführt worden. Sie ergab, dass insgesamt 41.300 Hongkonger Bürger über 18 Jahre auf dem Festland lebten. Der Aufenthalt umfasste mindestens drei Monate von den letzten sechs vor der Erhebung liegenden Monaten. Von diesen Bürgern lebten 93% in der Provinz Guangdong. Etwa 78% von ihnen gaben an, dass sie wegen ihrer Arbeit auf dem Festland lebten. Weitere Gründe waren Zusammenziehen mit Ehepartnern und Kindern (19%), Nähe zu Verwandten (19%) und bessere Lebensbedingungen (19%). Die Befragten konnten mehrere Gründe angeben.

Laut Erhebung wurden insgesamt 189.000 Wohnungen und Häuser von Hongkonger Bürgern auf dem Festland gekauft oder gebaut. Davon liegen 88% in Shenzhen, Dongguan und Guangzhou, der Rest in Fujian und Jiangsu. Von den Eigentümern gaben 54,6% an, selbst in den Wohnungen zu leben; viele nutzen das Eigentum für Ferienzwecke. 80% der Eigentümer haben ihren ersten Wohnsitz in Hongkong.

Die Erhebung fand außerdem heraus, dass in den kommenden zehn Jahren etwa 3,2% der erwachsenen Hongkonger Bevölkerung (172.000 Menschen) mehr oder weniger dauerhaft aufs Festland ziehen werden, d.h. mindestens sechs Monate im Jahr dort leben werden. Von diesen wollen 62% den Vorteil niedrigerer Lebenshaltungskosten auf dem Festland nutzen. Man schätzt, dass nur die Wenigsten ihre Verbindungen zu Hongkong abbrechen werden. Mit anderen Worten, die Grenze zwischen der SVR und dem Festland wird immer durchlässiger werden. (SCMP, 29.12.01) -st-

---

## SVR Hongkong

---

### 32 VR-Bürger ohne Aufenthaltsrecht in Hongkong

Am 10. Januar hat Hongkongs höchstes Berufungsgericht mit 4:1 Stimmen endgültig entschieden, dass etwa 5.000 in Hongkong lebende VR-Bürger ausgewiesen werden können. Weniger als 300 Kläger – und zwar vor allem die, die schon vor dem 29. Januar 1999 in Hongkong eingetroffen waren – erhielten das Recht, dort zu bleiben. Hiermit wird ein jahrelanger Rechtsstreit beendet, bei dem es besonders um die Rechte von Kindern ging, die zumindest einen Elternteil mit Aufenthaltsrecht in Hongkong hatten. Im Janu-

### 33 Immer mehr Hongkonger ziehen aufs Festland

Einer Erhebung der Hongkonger Planungsbehörde zufolge leben mehr als 40.000 Hongkonger auf dem Festland. Zudem wurden fast 190.000 Wohnungen jenseits der Grenze von Hongkongern gekauft. Damit verfestigt sich der Trend hin zu einer mobilen Bevölkerung, die jenseits der Grenze arbeitet und zunehmend auch dort wohnt. Bis zum Jahr 2030 soll sich deren Zahl auf

---

## SVR Macau

---

### 34 Taiwan-Vertretung in Macau beginnt mit Visa-Ausstellung

Die Taiwan-Vertretung in Macau, das „Wirtschafts- und Kulturzentrum Taipeis in Macau“ (*Taipei Economic and Cultural Centre, Macau*, dies ist die of-

fizielle Bezeichnung seit Ende 1999), darf mit der Ausstellung von Visa beginnen. Die Einreisedokumente für Taiwan werden an Bürger Macaus sowie an Festlandschinesen und Ausländer ausgegeben, die über Macau nach Taiwan fliegen. Die Regierung der SVR Macau verkündete am 5. Januar, dass sie die Erlaubnis hierfür erteilt habe. Das Büro von Regierungschef Edmund Ho teilte dazu mit, die Entscheidung sei in Einklang mit der „Ein-China-Politik“ Beijings getroffen worden. Taipei begrüßte den Schritt. Der Leiter des Zentrums Tsai Jy-jon (Tsai Chi-chung), Direktor der Abteilung für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten unter dem Mainland Affairs Council, bedankte sich dafür am 17. Februar. Er nannte die politische Situation in Macau „viel einfacher“ als in Hongkong. Besucher aus Taiwan brauchen im Gegensatz zu Hongkong vor ihrer Ankunft in Macau kein Visum zu beantragen und können ohne Visum bis zu 30 Tage bleiben. Auch für taiwanische Geschäftsleute ist es leichter, sich in Macau als in Hongkong niederzulassen. Tsai trat im April 2001 sein Amt an und ist der vierte Leiter seit Eröffnung einer Taiwan-Vertretung im Jahr 1990.

Als Macau noch unter portugiesischer Verwaltung stand, war es dem Vorgänger des Zentrums, dem „Handels- und Tourismusbüro Taipeis in Macau“ (*Taipei Trade and Tourism Office in Macau*), nicht erlaubt, an Einheimische und Ausländer Visa auszugeben. Diese mussten erst nach Hongkong fahren, wenn sie Taiwan besuchen wollten. In Hongkong fungiert der Chung Hwa Reisedienst als Taiwan-Vertretung. Taiwan ist für Macau von großer wirtschaftlicher Bedeutung, insbesondere beim Luftverkehr und Tourismus. Letztes Jahr kamen etwa 1,4 Millionen Besucher aus Taiwan, 14 Prozent der Gesamtzahl. Drei Viertel des Passagieraufkommens auf Macaus Internationalem Flughafen gehen auf die quasi-Direktflüge zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland zurück. Rund 15.000 Bürger Macaus arbeiten oder studieren in Taiwan. (RMRB, 7.1.02; Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 5.1.02; CNAT web site, 5.1.02, in BBC PF, 6.1.02; CNAT web site, 18.1.02, in BBC PF, 19.1.02; SCMP, 12.1.02) -ljk-

---

## Taiwan

---

### 35 WTO-Beitritt in Kraft, Taiwan behält sich Handelschranken gegenüber dem Festland vor

Zum 1. Januar 2002 trat Taiwans Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO in Kraft, nachdem die WTO-Generalversammlung im November einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte. (Vgl. C.a., 2001/11, Ü 36) Taiwan wählte den 1. Januar als Stichtag, um die Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen zu erleichtern.

Die Verbraucher freuten sich über sinkende Preise bei importierten Lebensmitteln, dennoch überwog der Ärger, da die Subventionen für den allenthalben zum Kochen verwendeten Reiswein entfielen und sich dessen Preis versechsfachte. Auch Zigaretten wurden teurer. Da die Verbraucher noch einige Millionen Flaschen subventionierten Reisweins horten, fiel dessen Absatz Anfang Januar auf nahe Null.

Ausländische Beobachter sind der Ansicht, dass sich Taiwan über die Chancen und Risiken der WTO-Mitgliedschaft noch nicht genügend im Klaren ist und bislang die politischen Vorteile im Vordergrund der Wahrnehmung standen – die WTO ist die bedeutendste internationale Organisation, in der Taiwan, ansonsten diplomatisch isoliert, vertreten ist. Ein besonders heikles Feld, was die nötigen Öffnungsschritte angeht, ist die Gestaltung der Austauschverhältnisse mit der VR China. Hier bestehen auf taiwanischer Seite noch erhebliche Handelsschranken, die nun abgebaut werden müssen. Premier Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) kündigte Anfang Januar ein vorsichtiges, langsames Vorgehen an. Der Rat für Festlandsfragen (MAC) fürchtet, dass die Schutzmaßnahmen, die nach dem WTO-Reglement zulässig sind, sich für Taiwan als ungenügend erweisen, sollte die VR China beispielsweise Taiwan mit Waren zu Dumpingpreisen überschwemmen und sich bilateralen Gesprächen über die Gestaltung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen verschließen – für

Verhandlungen auf Regierungsebene macht China bislang zur Vorbedingung, dass Taiwan die Ein-China-Doktrin anerkenne. Die MAC-Vorsitzende Tsai Ing-wen (Cai Yingwen) erklärte, Taiwan könne gezwungen sein, eigene Maßnahmen zu ergreifen, die den WTO-Regeln widersprechen; die WTO würde jedoch nur dann gegen Taiwan aktiv werden, wenn sich China beschwere. China werde diesen Schritt jedoch vermeiden, da es das als intern geltende Verhältnis zu Taiwan damit internationalisieren würde.

Tsai erklärte, Waren vom Festland würden wie folgt klassifiziert:

- a) in sofort einführbare,
- b) in solche, die ab einem festzulegenden Datum in der Zukunft importiert werden können, und
- c) Produkte, die einstweilen vom Handel ausgeschlossen bleiben.

Die Liste der handelbaren Güter werde alle sechs Monate überprüft.

In einem ersten Schritt billigte die Regierung Mitte Januar eine Liste von 2.126 Produkten, die ab Mitte Februar vom Festland importiert werden dürfen, darunter 901 landwirtschaftliche Produkte. Die Zahl der freigegebenen Warenkategorien erhöht sich damit auf 8.014 (nach anderen Angaben: 8.093). Für etliche Agrarprodukte wurden jedoch Quoten festgesetzt. Außerdem sollen chinesische Investitionen in Taiwans Tertiärsektor einschließlich dem Immobilienmarkt erlaubt werden. Ebenfalls soll Werbung für festländische Waren und Dienste in Zukunft zulässig sein. (TH, 2.1., 3.1. und 17.1.02; AWSJ, 15.1.02; TT, 3.1., 17.1.02; CNAT, nach BBC PF, 18.1.02) -hws-

### 36 Umfassende Kabinettsumbildung

Gemäß der taiwanischen Verfassung hat mit dem Ende einer Legislaturperiode das gesamte Kabinett zurückzutreten. Dies geschah am 21. Januar. Nach den Parlamentswahlen am 1. Dezember erfolgt die Konstituierung des neuen Legislativ-Yuan zum 1. Februar. Präsident Chen und sein neuer Premier nutzten die Gelegenheit für eine sehr weitgehende Umbildung des Kabinetts.